

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Christ-Dumden).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 45 Pf., Familienanz. 10 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 52.

Berlin, Mittwoch, 8. Juli 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Rohrenwäsche. — Aus den Jahresberichten der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Rohrenwäsche.

Der „große“ Deutsche Metallarbeiterverband hat in der letzten Zeit viel Pech. Sein System, unangenehme Gegner durch die Erhebung von Massenklagen mundtot zu machen, hat gründlich versagt. Er muß schon nach anderen Mitteln und Wegen suchen, um die häßlichen Flecke, die sich auf seinem Schilde zeigen, wegzuwischen.

Am 28. März d. J. wurde vor dem Schöffengerichte in Solingen in einer Klage verhandelt, welche die Vorstandsmitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes Schlöde, Reichel, Werner und Massatsch, sowie der Redakteur Scherm von der „Metallarbeiterzeitung“ gegen den Redakteur Ern vom „Stahlwarenarbeiter“, dem Organ einer Lokalorganisation in Solingen, wegen Beleidigung angekrengelt hatten. Ern hatte in seiner Zeitung drei Artikel veröffentlicht, in denen an der Hand von Briefen behauptet wurde, daß die Streikbewegung des Jahres 1905 und der geplante Generalstreik über die Firma Hammesfahr ein Erbdes Metallarbeiterverbandes gewesen sei, um durch falsche Vorpiegelungen die Lokalorganisationen in den Kampf hineinzuhetzen, sie dann im Stiche zu lassen, damit die Lokalorganisationen zertrümmert und die Mitglieder derselben vom Deutschen Metallarbeiterverband übernommen werden. Dieser seine Plan sei leider in die Brüche gegangen. Der Zentralvorstand habe diesen schmählichen Arbeiterverrat im Verein mit den Lokal- und Gauangehörigen zusammen verübt. Ferner habe, als die Sache mit dem Generalstreik über Hammesfahr in die Brüche gegangen war, der Metallarbeiterverband einen Schlägerstreik grundlos vom Zaune gebrochen, um dadurch die Lokalorganisationen bankrott zu machen, denn wenn keine Formen geschlagen würden, könnten auch die übrigen Branchen nicht arbeiten. Nun sei aber der Vorrat an geschlagenem Material so groß gewesen, daß trotz des fast ein Jahr dauernden Schlägerstreiks sich kein Mangel eingestellt habe. Die in Anführungsstrichen stehenden Sätze sind dem Berichte des „Vorwärts“ entnommen.

In einem dieser Artikel fand sich auch unter Bezugnahme auf die Briefe, die Ern in Händen hatte, der gerabezu berühmt gewordene Satz, wegen dessen Verbreitung neben vielen anderen auch unser Redakteur eine Beleidigungsklage erhalten hat:

„Die Einsicht in die Dokumente, in deren Besitze wir sind, zeigt uns ein erschreckendes Bild von der Clique, von der der deutsche Metallarbeiterverband regiert wird. So viel Verworfenheit, wie uns da entgegenkarrt, hätten wir an der Spitze der größten Gewerkschaft Deutschlands nicht zu finden gehofft. Es wäre eine Schmach für die deutsche Arbeiterbewegung, wenn sie an ihrer Spitze noch länger Leute dulden würde, die, um ihr Ziel zu erreichen, vor keinem Verbrechen an der Arbeiterschaft zurückschrecken.“

Wegen dieser Artikel also war die Klage gegen Ern erhoben worden, die aber nach einer umfangreichen Zeugenvernehmung mit der Frei-

sprechung Erns endigte. Nur wegen Beleidigung des Redakteurs Scherm wurde Ern zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, weil das Gericht für erwiesen annahm, daß wohl der Hauptvorstand von der Sachlage Kenntnis gehabt, aber nicht, daß auch Scherm davon gemußt habe.

Diese Beurteilung, über die wir eingehend im Leitartikel unserer Nummer 28 berichtet haben, bedeutet den moralischen Bankrott des Metallarbeiterverbandes. Schwerere Vorwürfe können einer Arbeiterorganisation nicht gemacht werden. Natürlich mußten nun alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die Schmach zu tilgen. Denn hätten sich die Kläger bei dem Urteil beruhigt, so hätten sie damit ohne weiteres zugegeben, daß die von Ern erhobenen Vorwürfe berechtigt waren. Deshalb wurde beim Landgericht Berufung eingelegt, die am vergangenen Dienstag und Mittwoch in Elberfeld zur Verhandlung kam. Das Resultat derselben war noch beschämender für den Metallarbeiterverband als die Beurteilung durch das Schöffengericht. Denn vor dem Landgericht wurde Ern nicht allein wegen Beleidigung der Vorstandsmitglieder freigesprochen, sondern auch die Geldstrafe wegen Beleidigung des Redakteurs Scherm wurde aufgehoben, weil auch dieser über die Sachlage orientiert gewesen sein müsse. Die gesamten Kosten des Verfahrens wurden dem Deutschen Metallarbeiterverbande auferlegt.

Um unseren Lesern ein getreulicheres Bild von den Vorgängen zu geben, lassen wir die Begründung des Urteils folgen, wie sie im „Solinger Kreis-Intelligenzblatt“ veröffentlicht wird:

Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß erhebliche Differenzen zwischen den Parteien bis vor dem Verhandeln im Aktionskomitee nicht aufgelommen sind. Naturgemäß entstanden Reibungen, als die Messerschleifer im Jahre 1906 bei der Firma Hammesfahr eine Lohnbewegung eingeleitet hatten, in der gefordert wurde, die ordinär blauen Messer in Zukunft nicht mehr anzufertigen. Die Unterlassung der Anfertigung dieser Messer mußte auch von Metallarbeiterverbänden gefordert werden. Wenigstens ist über diese Differenz kein Zweifel belassen worden. Schon in der Kaiserjaal-Verammlung vom 27. Januar 1906 kam diese Angelegenheit ausdrücklich zur Sprache. Die Messerschleifer haben einen allgemeinen Tarifvertrag mit den Fabrikanten vereinbart, der auch bei Hammesfahr Gültigkeit hat. Hammesfahr hat diesen nicht gehalten, indem er Ware anfertigen ließ, die der Tarif nicht enthielt. Abweichungen von diesem Tarif dürfen nur unter gegenseitiger Zustimmung gemacht werden. Aus diesem Grunde war das Vorgehen des Messerschleifervereins vollständig berechtigt. Als die diesbezüglichen Verhandlungen geführt wurden, war Sendler (Beamter des Metallarbeiterverbandes, D. Red.) zugegen, er hat auch an allen Beratungen teilgenommen. Er hat sogar das Protokoll geführt bei den Verhandlungen über die Differenzen. Es muß ihm demnach alles bekannt gewesen sein. Ein Widerspruch ist nicht erfolgt, und hierdurch glaubte der Messerschleiferverein, daß er Hilfe hatte. Im Laufe der Verhandlungen habe sich dann der Streit zuspitzt. Während der Messerschleiferverein auf dem Standpunkte gestanden hat, S. dürfe nicht anfertigen, was er wollte, hätte man andererseits angegeben, es wäre kein Grund zum Vorgehen vorhanden. Bei dem Beschluß über das Vorgehen gegen S. wäre aber Sendler und auch Spiegel (ebenfalls Beamter des Metallarbeiterverbandes. Die

Red.) gegenwärtig gewesen. Beide hätten sich nicht dagegen ausgesprochen, sondern nur eine dreitägige Frist verlangt, um den Hauptvorstand zu informieren. Sie hätten sich auch für den Streik erklärt, im Falle die Verhandlungen scheiterten. Die Frage der ordinär blauen Messer sei zwar nicht in die Resolution aufgenommen, doch bestehe kein Zweifel, daß die Versammlung demgemäß informiert war und beschlossen hat, den Streik zu verhängen, wenn dieser Wunsch nicht erfüllt werde. Reichel und Spiegel haben auch an den weiteren Verhandlungen teilgenommen und in der zweiten Kaiserjaal-Verammlung ist ebenfalls gegen diesen Punkt kein Einspruch erhoben und sogar der Generalstreik hieron abhängig gemacht worden. Sollten die Verhandlungen scheitern, solle das Aktionskomitee den Generalstreik verhängen. Dies ist aber nicht geschehen, weil sich inzwischen der Metallarbeiterverband zurückgezogen hatte. Jeder kann zwar zurücktreten, ohne daß eine Partei Ansprüche geltend machen kann. Wichtig sei auch, daß bei einer solchen Handlung der Drängende sich gegen den § 163 der Gewerbeordnung vergeht. Ebenso verwerflich ist es aber auch, wenn einer, wie hier, aus solchen Gründen von einem Vertrage zurücktrete. Der Metallarbeiterverband trat zurück, um mit Hammesfahr verhandeln zu können. Er wollte dadurch besser fahren und für seine Mitglieder Vorteile erzielen. Die Beweisaufnahme habe dies ergeben.

Sendler wollte keine Kenntnis erhalten haben von den Verhandlungen bei S. Es sei aber festgestellt, daß er sogar auf die Verhandlungen eingewirkt habe. Der Inhalt der Verhandlungen ergebe auch, daß diese nicht ohne Einwirkung der Verwaltung erfolgt seien. Wenn dies Sendler bestreite, so stehe er im Widerspruch mit den Tatsachen. Sein Gedächtnis beherrsche er dann in geringem Maße und in seinen Ausführungen sei er derart gewesen, daß er nur wenig von einem Weineide fern bleibe. Die Ausführungen Posawes (Beamter) über die gepflogenen Verhandlungen seien vollständig ungläubwürdig, besonders deshalb, weil er auch in seinen Aussagen im Widerspruch stehe mit einem damals von ihm selbst verfaßten Protokolle. Eigentlich hätten auch Sendler und Spiegel die Privatklage führen müssen. Diesen wäre Arbeiterverrat vorgeworfen. Sie hätten ein Interesse an der Sache und deshalb seien sie auch nicht glaubwürdig.

Die Frage, ob der Hauptvorstand unterrichtet gewesen ist, erachtet das Gericht ebenfalls für erwiesen. Reichel habe sich hier informiert; er hat den Verhandlungen beigewohnt. Weiter ist erwiesen, daß schriftliche Berichte erfolgt sind. Die örtliche Leitung hat den Hauptvorstand informiert, wie dies aus dem Schreiben Sendlers an Massatsch hervorgehe. Mit Bestimmtheit ist anzunehmen, daß Reichel und Massatsch auch die anderen Hauptvorstandsmitglieder unterrichtet haben. Sollten sie dieses unterlassen haben, dann hätten sie gegen die Bestimmungen ihres Statuts gehandelt, und haben auch vielleicht angenommen, daß die anderen Vorstandsmitglieder mit ihrem Handeln überhand waren. In der Privatklage Schlöde, Reichel, Werner und Massatsch sei der Wahrheitsbeweis in vollem Umfang geführt. Eine Beleidigung nach § 185 des Strafgesetzbuches könne demnach nicht gesungen werden. Das Verhalten des Metallarbeiterverbandes dürfte der Angeklagte kritisieren, wie er es getan hat. Derselben Ausdrücke, die er angewandt hat, sind von Sendler auch in der „Metallarbeiter-Zeitung“ und in der „Arbeiterstimme“ benutzt worden. Dies bestätigt die Ansicht, daß der Vorstand mit allem einverstanden war.

Bezüglich des Schlägerstreiks sei über die Behauptungen der Wahrheitsbeweis nicht erbracht. Es sei nicht erwiesen daß dieser Streik vom Metallarbeiter-Verbande inszeniert worden sei, um die Lokalorganisation zu schwächen. Wenn der erste Umstand aber, wie gesehen, vollständig erwiesen sei, so rechtfertige dieser auch die scharfen Ausdrücke und sei deshalb die Freisprechung erbracht.

Nach dieser Begründung dürfen wir uns für heute weitere Ausführungen sparen. Eine schmälerliche Handlungsweise hat sich wohl kaum jemals eine Arbeiterorganisation zuzuschulden kommen lassen, als in diesem Falle der Deutsche Metallarbeiterverband. Die Vorgänge in Solingen stehen erfreulicherweise fast einzig da in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Wenn wir feinerzeit bei der Besprechung des Schöffengerichtsurteils erklären, daß jeder denkende Arbeiter sich mit Abscheu und Entrüstung von dieser Organisation abwenden müsse, so wird diese Beurteilung durch die Verhandlungen in Elberfeld nur noch verstärkt.

Interessant ist, wie der „Vorwärts“ die ganze Sache beurteilt. In einem an ihm sonst ungewöhnlichen weisehftigen Tone berichtet er über die ihm so unangenehme Dinge. Für das Berufliche der Handlungsweise des Deutschen Metallarbeiterverbandes findet er kein Wort des Tadelns. Im Gegenteil, er ist der Meinung, daß die vom „Stahlgewerkschaften“ erhobenen Vorwürfe „weit über das Ziel hinausgeschossen“. Er bedauert es „außerordentlich, daß in solcher Angelegenheit überhaupt Klage angebracht wurde“, und schließlich ringt er sich greinend den Wunsch ab, daß die Vorgänge zu einer Verschmelzung der Solinger Lokalorganisation mit dem Metallarbeiterverbande führen möchten. Es ist geradezu eine Beleidigung für den Solinger Lokalverein, daß ihm trotz allem, was vorgegangen ist, noch zugemutet wird, sich dem Metallarbeiterverbande anzuschließen.

Für heute genug damit! Wir haben uns zunächst damit begnügt, lediglich den Sachverhalt darzustellen in der Uebersetzung, daß jeder denkende Arbeiter sich daraus sein Urteil selbst bilden kann. Ebenso wenig wie es möglich ist, einen Mohnen weiß zu waschen, wird es dem Metallarbeiterverbande gelingen, sich von der Schmach zu reinigen, welche die beiden Prozesse an den Tag gelegt haben.

Aus den Jahresberichten der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Die Berichte der württembergischen Aufsichtsbeamten geben im allgemeinen noch ein günstiges Bild von der Wirtschaftslage. Am 1. Oktober 1907 belief sich die Zahl der ihnen unterstellten Fabriken und ähnlichen Anlagen auf 10332 gegen 9369 im Vorjahre. Beschäftigt waren darin 218925 Arbeiter (207722 im Jahre vorher), darunter erwachsene männliche 143615 (137211), erwachsene weibliche 51812 (49121), jugendliche Arbeiter 22159 (20222) und Kinder unter 14 Jahren 1339 (1168). Danach ist eine Steigerung sowohl bei der Zahl der gewerblichen Anlagen als auch sämtlicher Arbeiterkategorien zu verzeichnen. Von den Fabriken wurden 9948 oder 96,3 Prozent mit 214748 Arbeitern in 10414 Revisionen revidiert.

Dabei konnte festgestellt werden, daß die Vorschriften über die Arbeitsschüler für Jugendliche wenigstens in den größeren Betrieben fast durchweg erfüllt wurden. Dagegen wurde in den Werkstätten der Kleider- und Wäscheindustrie noch häufig dagegen verstoßen.

In mehreren Fällen mußte die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern beanstandet werden. Leider finden die Vorschriften des Kinderschutzgesetzes sowohl bei den Unternehmern als auch bei den Eltern noch so lange nicht die genügende Beachtung. Trotz alledem kann im allgemeinen eine Besserung konstatiert werden.

Interessant sind die Ausführungen des Berichts über die Wächterinnen-Unterstützung. Es heißt darin:

Seit der Verlängerung der Unterstützung von 4 auf 6 Wochen wird nach unseren Wahrnehmungen die verlängerte Pflegezeit häufig in Anspruch genommen. In mehreren Fällen wurden jedoch auch Frauen angetroffen, die mit einem ärztlichen Zeugnis schon 4 Wochen nach ihrer Niederkunft wieder in der Fabrik arbeiteten. Eine teilweise Milderung der gleich nach der Entbindung erhaltenen 6 wöchentlichen Unterstützung wurde in diesen Fällen von den Krankenkassen nicht verlangt. Eine Erhöhung des Betrages der Wächterinnenunterstützung und Entziehung derselben bei vorzeitiger Inangriffnahme der Arbeit wird in dem Bericht für den Ausbau des Wächterinnenverbandes als dringend notwendig bezeichnet. Ein Mißstand, der seiner Folgen wegen ebenfalls Abhilfe erfordert, beruht ferner darin, daß die Wächterinnen sich vor der Ent-

bindung keine Schonung angedeihen lassen kann. Zuweilen ist sie bis kurz vor der Niederkunft in der Fabrik beschäftigt, da sie vor dieser Zeit von keiner Kasse auf irgend welche Unterstützung rechnen kann und daher solange als möglich Geld verdienen muß. Es ist infolgedessen nicht zu verwundern, daß nach unseren Erhebungen, die unter den Arbeiterinnen besonders häufig auftretenden Frauenleiden vielfach von Ueberanstrengung und ungeeigneter Beschäftigung während der Schwangerschaft herrühren. Auch die Geburt nicht normaler Kinder hat hierin häufig ihren Grund. So teilt eine Krankenkasse mit, daß Wöchnerinnen, die bis kurz vor der Entbindung am Webstuhl stehen, öfters krüppelhafte Kinder zur Welt bringen.

An manchen Orten beklagen sich die Arbeiterinnen über die schlechte Beschaffenheit der Aborte. In Betrieben mit teilweise ausländischen Arbeiterinnen mit wesentlich geringeren Kulturansprüchen mußten in gesundheitlichem Interesse der Einheimischen sogar getrennte Bedürfnisanstalten für Ausländerinnen und Einheimische angelegt werden. Sonst wird bezüglich der Wahrung des Anstandes und guten Sittens beim Zusammenarbeiten der Geschlechter im allgemeinen nichts Ungünstiges berichtet. Sehr bedauerlich jedoch ist die Mitteilung aus dem 1. Aufstichtsbereich: „Aufschallend ist, daß sich die Klagen über Werksführer, die hauptsächlich junge und unerfahrene Arbeiterinnen mit Zubringlichkeiten belästigen, in letzter Zeit gehäuft haben“. Im übrigen wird bezüglich der Arbeitszeit der Arbeiterinnen mitgeteilt, daß der zehntägige Arbeitstag im Laufe des letzten Jahres wesentliche Verbreiterung gefunden hat.

Auch hinsichtlich der Arbeitszeit überhaupt kann eine Verklärung konstatiert werden, was vielfach auf die beharrlichen Bestrebungen der organisierten Arbeiter zurückzuführen ist. Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe geben im allgemeinen in den größeren Betrieben wenig Veranlassung zu Anständen; dagegen sind in kleineren Motorwerkstätten, namentlich auch in den Bedürfnisgewerben, die Verletzungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen noch immer häufig. Besonders kommen vielfach Ueberschreitungen der für das Austragen der Lebensmittel zugelassenen Zeiten in den Stunden vor dem Vormittagspostendienst vor. Dabei wurde beobachtet, daß trotz des günstigen Geschäftsganges die Sonntagsarbeit im Rückgang ist, was der Abneigung sowohl der Arbeitgeber, als auch der Arbeiter gegen die Sonntagsarbeit zuzuschreiben ist. Daß die Arbeiter die Sonntagsruhe ungeschmälert verlangen, ist ein Beweis dafür, daß das Bedürfnis für die Ruhe nach 6 Arbeitstagen in den weitesten Kreisen vorhanden ist, viel mehr als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war. Wenn nicht ganz unerwartete unermüdliche Arbeiten vorliegen, werden bei der hohen Bezahlung von Sonntagsarbeit, die von den Arbeitern verlangt wird und in der Mehrzahl der tariflichen Abmachungen festgelegt ist, diese Arbeiter vermieiden.

Die Löhne haben im Berichtsjahre vielfach eine Erhöhung erfahren, wozu auch mannigfache Lohnbewegungen beigetragen haben. Es kann erfreulicherweise auch festgestellt werden, daß verschiedene Gemeinden mit einer Revision der ortsüblichen Löhne beschäftigt sind, die bei dieser Veranlassung eine nicht unwesentliche Erhöhung erfahren dürften. Nach einer Erhebung des Verbandes der Metallindustriellen soll die durchschnittliche Lohnsteigerung 6 Prozent betragen.

Im allgemeinen werden die Erwerbsverhältnisse als günstig hingestellt, wobei allerdings auf die gute Geschäftslage, mit der das Jahr 1906 abgeschlossen hat, hingewiesen wird. Immerhin vermehren sich im Laufe des Jahres 1907 die Anzeichen dafür, daß der wirtschaftliche Aufschwung, der der letzten Jahre ausgeglichen hatte, seinen Höhepunkt erreicht hatte. Eine allmählich, namentlich während der zweiten Hälfte des Jahres in verschiedenen Gewerben einsetzende Abflauung des Geschäftsganges führte gegen den Jahreschluß teilweise zu einer Verminderung der Arbeitsgelegenheit.

Auch mit den Organisationen der Arbeiter beschäftigt sich der Bericht. Im allgemeinen konnten dieselben eine Steigerung ihrer Mitglieder erzielen. Leider aber haben auch die „Gelben“ in Württemberg ihren Einzug gehalten. Dieser bedauerlichen Erscheinung gegenüber kann auf der anderen Seite erwähnt werden, daß sich in den Kreisen der technisch-industriellen Beamten ein Zusammenschluß auf völlig gewerkschaftlicher Grundlage vollzogen hat.

Bei dieser Gelegenheit sei gleichzeitig auf das Verhältnis der Gewerbeaufsichtsbeamten zu den Arbeitern hingewiesen. Dasselbe wird durchweg als ein befriedigendes oder gar gutes geschildert. Das Vertrauen zu den Gewerbeinspektoren sei bei den Arbeitnehmern gewachsen. Der Inspektor des 3. Bezirks schreibt:

„Als einen Beweis für die zunehmende allgemeine Kenntnis von Zweck und Aufgabe der Gewerbeinspektion unter den Arbeitern verdient die Tatsache hervorgehoben zu werden, daß auch die nicht organisierten Arbeiter sich mehr, als dies früher der Fall war, an den Gewerbeinspektor wenden. Die großen Arbeiterverbände dagegen, denen es da und dort gelingen ist, mit den Gewerbeinspektionen den unbedingten Verkehr der

beiderseitigen Vertreter herbeizuführen, sind bemüht, die zahlreichen kleinen Angelegenheiten, die früher den Gewerbeinspektor beschäftigt haben, selbst zu regeln.“

Auch von dem Verkehre der Beamtinnen mit den Arbeiterinnen darf gesagt werden, daß sich im Laufe der Zeit zwischen beiden Teilen ein Vertrauensverhältnis herausgebildet hat, welches die Beamtinnen für die mühselige Arbeit der ersten Jahre ihrer Tätigkeit auf diesem Gebiete reichlich entschädigt. Bemerkenswert ist, daß die Aussprache der Arbeiterinnen in den meisten Fällen nur bei den Revisionen ohne Begleitung erfolgte.

Ebenso wird die Stellung der Gewerbeaufsichtsbeamten zu den Arbeitgebern im allgemeinen als eine zufriedenstellende bezeichnet. Vielfach wurde seitens der letzteren den Beamten gegenüber Klage geführt über die Belastung durch die Arbeitergesetzgebung und darüber, daß ihnen auf der anderen Seite „den unberechtigten Forderungen der Arbeiter gegenüber kaum ein geistlicher Schutz zur Seite stehe. Vielfach ließen sich die Arbeitgeber auch den Beamten gegenüber zu Verletzungen und unfreundlichen Entgegnungen hinreißen, die in einem Falle sogar „an der Grenze des Zulässigen lagen und die weitere Besprechung der vorgefundenen Mängel in sachlicher Weise unmöglich machten“. In einem großen Kurort wurde dem Assistenten bei der Revision eines Hotelbetriebes sogar seitens des Besitzers der Vorwurf gemacht, „er ziehe Sozialdemokraten“. Von den weiblichen Beamten heißt es, daß ihre Beziehungen zu den Arbeitgebern, von kleinen Auseinandersetzungen mit einigen aufgeregten Inhabern von Konfektionswerkstätten abgesehen, durchaus zufriedenstellend waren.

Die Anzahl der im Berichtsjahre beendeten Streiks betrug 88. Betroffen wurden davon 199 Betriebe mit nahezu 7000 Arbeitern. Zum völligen Stillstand kamen 79 Betriebe; die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Arbeiter belief sich auf 2274. Einen vollen Erfolg hatten 8 Streiks, einen teilweisen 14, keinen Erfolg 16. Ausperrungen kamen 5 vor, von denen 2 einen vollen, drei einen teilweisen Erfolg hatten. Die Zahl der davon betroffenen Betriebe belief sich auf 76, wovon 32 zu völligem Stillstand kamen. Die Zahl der bei Beginn der Aussperrung beschäftigten Arbeiter betrug 7156, die Höchstzahl der ausgesperrten Personen 1757.

Bezüglich der Wohnungsverhältnisse wird vielfach eine Wendung zum Besseren konstatiert, wenn auch infolge der größeren Nachfrage nach guten und sauberen Wohnungen die Mietspreise zum Teil nicht unerheblich gestiegen sind. Andererseits wird auch dem 2. Bezirk gemeldet, daß die Erziehung von Arbeiterwohnungen durch Gemeinden einen wohlthuenden Einfluß auf die Bewegung der Mietspreise ausgeübt habe.

Zum Schluß sei noch der erfreulichen Tatsache gedacht, daß die Gewährung von Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes oder doch unter Gewährung einer sonstigen Unterstützung weitere Ausbreitung gefunden hat und auch die Anfangstermine, nach welchen die Arbeiter auf Urlaub rechnen können, hier und da herabgesetzt worden sind.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 7. Juli 1908.

Der Gesetzentwurf betreffend die Arbeitskammern bildete kürzlich den Gegenstand der Erörterungen in der zweiten württembergischen Kammer. Dabei erklärte der Ministerpräsident von Weizsäcker, daß eine Beschlußfassung des Bundesrats über den Gesetzentwurf noch nicht stattgefunden habe. Die Vorlage befindet sich vielmehr noch in der Vorberatung. Für die Regierung sei es daher zurzeit unmöglich, bestimmte Angaben über ihre Stellungnahme und die weitere Gestaltung des Entwurfs zu machen. Er sei aber gern bereit, im weiteren Verlaufe der Beratungen eingehendere Auskunft zu geben, und die Stellung der Regierung werde sich richten nach der Beurteilung, die der Arbeitskammergesetzentwurf in dem Hause finden würde. Bei der Besprechung traten die Redner der Sozialdemokratie, der Deutschen Partei und des Bauernbundes für Arbeiterkammern, die des Zentrums und der Deutschen Volkspartei für Arbeitskammern ein. Zum Schluß wurde ein Antrag mit erheblicher Majorität angenommen, in dem erklärt wurde, daß in dem Reichsgesetzentwurf eine geeignete Grundlage für die Schaffung einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiter zur geordneten Geltendmachung ihrer Interessen nicht erblickt werden könne.

Das Rundschreiben des Verbandes bayerischer Metallindustrieller scheint entgegen unserer neulich gebrachten Mitteilung noch nicht zurückgekommen zu sein. Wenigstens will die sonst gut unterrichtete „Frankfurter Zig.“ davon noch nichts wissen. Dagegen tauchen andere beinahe ungläubliche Nachrichten auf. So heißt es unter anderem, daß die Maschinenfabrik Augsburg ihren Technikern 500 M. geboten habe, wenn sie den Austritt aus dem Bunde der technisch-industriellen Beamten erklärten. Wir vermögen wie gesagt an diese Mit-

teilung nicht Vorwand der für io dummi blamierte, i oberflächlich ihr Koalition Radriecht e Vorgehen d hat. Wohl Beurteilung io geführt u Im Intere Metallindus und den (dadurch au werden, dal rechnigshndi daß sie ein ähnlichen Ve

Einem der Strag vorigen We errungen. s Personen, Gemeinbear während nu angehört. uneren Kol date zu er Stchwahl nämlich beid die Parteien lassen, (oml Da außerd Sit und Si und der St mit 96 Stin Kollegen, sel ausfallen s Mehrheit. benutzen, ni die in Bet das Beste z

Mit ei Reichsfinan auf. Diese stehende „E „Zur E Reichsfinanz blidliche mi Dinge hören Schred einje wenig belan das kürzlich hohen Regie steht uns ir Invalide unfallve von allen S daß die nicht gef sicherung Williard man vor. dabei der f Deckung der selbstgelegende dieser große lichen Verke l getracht. i zell ein Fel einen so b Reichsweertich Prinzipien i ficherungsan

Zunäch Angaben ne so wäre es sachen so la dem auch se Ursachen d gründen zu beit des d Es wäre j eine Refor und auf den zu beden an selbst wiebe Ein solches Schesseln w

Arbeits it es endl arbeiter i daß beide Koalitionsbr und die St Leider ist aus der Wel Friedensbrun Streik der

teilung nicht zu glauben. Weder halten wir den Vorstand des Verbandes bayerischer Metallindustrieller für so dumme, daß er sich bereitigt in der Öffentlichkeit blamierte, noch die Mehrzahl der Techniker für so oberflächlich und kurzfristig, daß sie für jene Summe der Koalitionsrechte verlaufen. Immerhin läßt die Nachsicht erkennen, welche gewaltige Erregung das Vorgehen der Schachtmacher in Bayern hervorgerufen hat. Wohl niemals hat eine Aktion so einmütige Beurteilung gefunden und den Organisationsgedanken so gestärkt wie die Veröffentlichung des Rundschreibens. Im Interesse seines eigenen Ansehens sollte der Metallindustriellenverband das Verülmte nachholen und den Erlaß zurückziehen. Allerdings kann dadurch auch nichts mehr an der Tatsache geändert werden, daß sowohl die Angeklagten, als auch die technisch-industriellen Beamten deutlich erkannt haben, daß sie eines festen Zusammenschlusses bedürfen, um ähnlichen Vorkommnissen gegenüber gerüstet dazustehen.

Einen glänzenden Erfolg hat unser Ortsverein der Straßenreiner in Berlin bei den in der vorigen Woche stattgehabten Arbeiterauswahlgewahlungen errungen. Der Arbeiterausschuß bestand bisher aus 5 Personen, von denen 6 vom sozialdemokratischen Gemeindearbeiterverband gewählt worden waren, während nur 2 dem Ortsverein der Straßenreiner angehörten. Bei den diesmaligen Wahlen gelang es unseren Kollegen, gleich beim ersten Anlauf 4 Mandate zu erobern. Um ein fünftes muß erst noch Stichwahl stattfinden. In diesem Bezirke haben nämlich beide Kandidaten gleichviel Stimmen erhalten; die Parteien wollen aber nicht das Los entscheiden lassen, sondern eine nochmalige Wahl vornehmen. Da außerdem den Vorarbeitern zum ersten Male Stimm und Stimme im Arbeiterausschuß eingeräumt ist und der Kollege Saager von unserem Ortsverein mit 96 Stimmen gewählt worden ist, so haben unsere Kollegen, selbst wenn die Stichwahl ungünstig für sie ausfallen sollte, auf alle Fälle mit 5 Stimmen die Mehrheit. Sie werden diese Stellung sicherlich dazu benutzen, nicht nur für ihre Mitglieder, sondern für die in Betracht kommende Arbeiterschaft überhaupt das Beste zu schaffen.

Mit einer ganz eigenartigen Begründung der Reichsfinanzreform warten die „Nieler Neuesten Nachr.“ auf. Dieses Blatt läßt sich nämlich aus Berlin nachstehende „Entschuldung“ berichten:

Zur Begründung der hohen Forderungen der Reichsfinanzreform, die sichtlich weit über das augenblickliche wirkliche Bedürfnis hinausgehen, wird man Dinge hören, die den Abgeordneten keinen geringen Schreck einjagen. Unter diesen Punkten wird ein noch wenig bekanntes Argument in erster Reihe figurieren, das kürzlich in vertraulichen Verhandlungen von einem hohen Regierungsbeamten bekannt gegeben wurde. Es geht um in etwa zwei Jahren eine Reform der Invaliditäts-, Alters-, Kranken- und Unfallversicherung bevor, die ja schon lange von allen Seiten erstrebt wird. Dabei wird sich zeigen, daß die Berechnungen über die Kosten nicht gestimmt haben, und diese Versicherungen in ihren Fonds eine halbe Milliarde Mark weniger besitzen, als man vorausgerechnet hatte. Es rächt sich dabei der finanzielle Fehler, den man in der Deckung der Rentenausgaben durch die Zinsen eines festzulegenden Kapitals gemacht hat. Die Entziehung dieser großen Kapitalien aus dem freien wirtschaftlichen Verkehr hat sich bereits im Wandel und Wandel gerächt, nun zeigt sich auch, daß sie auch rein finanziell ein Fehler war. Eine finanzielle Versicherung von einem so beispiellosen Umfange wie die deutschen Reichsversicherungsanstalten dürfte nicht nach denselben Prinzipien eingerichtet werden, wie eine beliebige Versicherungsanstalt privaten Charakters.

Zunächst möchten wir die Zuverlässigkeit dieser Angaben noch bezweifeln. Sollten sie aber zutreffen, so wäre es unverantwortlich, daß man mit diesen Tatsachen so lange hinter dem Berge gehalten hat. Wie dem auch sei: Wenn man etwa glaubt, durch diese Ursachen die Einführung von indirekten Steuern begründen zu können, so wird man damit bei der Mehrheit des deutschen Volkes kein Verständnis finden. Es wäre ja auch widersinnig, auf der einen Seite eine Reform der Arbeiterversicherung durchzuführen, und auf der anderen Seite die Kosten dieser Reform zu decken aus indirekten Steuern, die die Versicherten selbst wieder in der Hauptsache aufbringen müssen. Ein solches Verfahren hieße mit Wölfen gebeten und mit Schaffeln wieder nehmen.

Arbeiterbewegung. Nach vierteljährlicher Dauer ist es endlich gelungen, den Streik der Zementarbeiter in Wolgast i. P. zu beendigen dadurch, daß beide Teile Entgegenkommen zeigten. Das Koalitionsrecht ist den Arbeitern zugesichert worden und die Streitenden sollen wieder eingestellt werden. Leider ist damit die ganze Angelegenheit noch nicht aus der Welt geschafft, da zahlreiche Klagen wegen Landfriedensbruchs anhängig gemacht worden sind. — Der Streik der Kupferschmiede in Stettin dauert fort,

da die im Laufe vergangener Woche stattgefundenen Unterhandlungen ergebnislos verlaufen sind. — Der rheinisch-westfälische Arbeiterbund für das Holzgewerbe und die Tischlerzunft sind in Bochum haben den bis zum 1. Oktober laufenden Tarifvertrag gekündigt.

Die zwischen der Gasgesellschaft und den streikenden Gasarbeitern in Budapest eingeleiteten Einigungsverhandlungen sind ergebnislos verlaufen, da die Gesellschaft erklärte, nicht alle Ausständigen wieder einstellen zu können mit der Begründung, daß viele Stellen schon anderweitig besetzt seien. — Der Generalstreik in Coruna (Spanien), von dem wir in voriger Nummer berichteten, ist von den Fabrikanten mit der Aussperrung beantwortet worden. — In Göteborg (Schweden) ist es infolge des Streiks der Hafnarbeiter zu ernstlichen Streikrückgebungen gekommen, so daß Militär einschritt. — Um gegen ein neues Automobilgesetz zu demonstrieren, sind in Kopenhagen die Automobilbesitzerführer in den Streik getreten.

Wegen Herausgabe einer schwarzen Liste hatte der Reichstagsabg. und Generalretär des Gewervereins Grifflinger Bergarbeiter Behrens gegen den Zechenverband bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet, weil das Vorgehen des Verbandes gegen die Ordnung und gegen die Strafgesetze verstoße. Ein Teil der in den Listen aufgeführten Vergleute ist nicht kontraktbrüchig geworden, ihre Nennung beruhe vielmehr „auf einer frivolen Leichtfertigkeit, wenn nicht auf absichtlicher Schädigung und Verurteilung“. Durch die Nennung hätten die Vergleute denn auch erhebliche Nachteile erfahren. Die Staatsanwaltschaft in Essen hat auf diese Anzeige geantwortet, daß sie keine Veranlassung habe, strafrechtlich gegen den Zechenverband einzuschreiten. Die etwas eigentümliche Begründung lautet folgenbermaßen:

Sowen in dem Verzeichnis Arbeiter genannt sind, die nicht unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt haben, kann in der Aufnahme solcher Arbeiter in das Verzeichnis, verbunden mit der Veröffentlichung desselben, der Tatbestand des Vergehens gegen § 188 des Strafgesetzbuches (der üblen Nachrede) gefunden werden. Abgesehen davon, daß das strafrechtliche Einschreiten in dieser Richtung von dem Strafamt der Beteiligten selbst anhängig gemacht ist, würde auch ein öffentliches Interesse zur Erhebung der öffentlichen Klage, wovon nach § 414 Strafprozeß-Ordnung die Berechtigung der Staatsanwaltschaft zum Einschreiten abhängig gemacht ist, nicht gegeben sein, so daß es den Beteiligten überlassen bleiben müsse, den Weg der Privatklage zu beschreiten. Im übrigen kommt der Tatbestand irgend einer gesetzlich unter Strafe gestellten Handlung nicht in Frage und enthält das Vorgehen des Zechenverbandes oder seiner Geschäftsführung insbesondere keine Zuwiderhandlung gegen die §§ 240 oder 253 Str.-G.-B. oder § 153 G.-A., wie schon der Wortlaut dieser Strafbestimmung ergibt.

Es will uns scheinen, als wenn der Essener Staatsanwalt hier eine Milde walten läßt, die man jedenfalls bei Streitverfahren gegen Arbeiter niemals zu beobachten Gelegenheit hat.

Die Erörterungen über den sozialdemokratischen Wahlterrorismus wollen noch kein Ende nehmen. Man braucht sich darüber nicht zu wundern, denn was in dieser Beziehung geleistet worden ist, übertrifft alles, was ostpreussische Junker sich bisher haben zuschulden kommen lassen. Wir wollen auf die Einzelfälle hier nicht näher eingehen. Wenn aber ein konservatives Organ für die Provinz Brandenburg erklärt, daß auf dem Wege des Gesetzes man diesem Treiben zunächst kaum beikommen könne, so stimmt das nicht. Wenn das Blatt damit lediglich Ausnahmegesetze meint, so sind wir damit einverstanden. Von solchen wollen wir nichts wissen aus Gerechtigkeitsgründen und weil wir uns auch keinen Erfolg davon versprechen. Wohl aber ließe sich wirksam gegen den Terrorismus ankämpfen, von welcher Seite er auch komme, wenn durch Gesetz das öffentliche Wahlrecht für den preussischen Landtag so schnell wie möglich beseitigt würde. Die Konservativen brauchen dazu nur ihre Zustimmung zu geben und ihren Einfluß auf die Regierung auszuüben. Wir sind überzeugt, daß dann dem bei dieser Wahl zutage getretenen Terrorismus plötzlich ein für allemal ein Ziel gesetzt wäre.

Die gesundheitlichen Verhältnisse im Bergbau lassen in den letzten Jahren eine merkwürdige Verschlechterung erkennen. Nach der Statistik der Preussischen Knappschaftsvereine schwankte die Zahl der Krankheitsfälle auf 1000 der Mitglieder in den Jahren 1900 bis 1904 zwischen 497 und 592, und zwar war die Ziffer in den Jahren der Hochkonjunktur am höchsten, in dem Niedergangsjahre 1902 am niedrigsten. Umgekehrt war die Dauer der Erkrankung im Jahre 1902 mit 16,8 Tagen am längsten und mit 15,8 Tagen im Jahre 1900 und 1904 am kürzesten. Die Invalidität auf Hundert der

Knappen bewegte sich 1900 bis 1904 zwischen 5,75 und 5,36 ohne eine Neigung zu stetiger Vermehrung aufzuweisen. Erst seit 1904 wird die Zunahme deutlicher. Besonders machte sich das beim Bochumer Knappschaftsverein, der seinen Jahresbericht für 1906 veröffentlicht, bemerkbar, da auf 1000 Mitglieder hier im Jahre 1905 644, im Jahre 1906 648 Erkrankungen kamen. Obwohl die Bochumer Knappe immer mit höheren Ziffern als die übrigen Knappen zu rechnen hat, geben doch die neuesten Zahlen zu denken. Eine noch trübere Sprache führen die Zahlen über das durchschnittliche Invaliditätsalter der Bergarbeiter. Die Vollinvalidität trat ein im Jahr fünfzig 1891/95 durchschnittlich bei 49,3 Jahren, 1896/1901 bei 48,1 Jahren, 1903/05 betrug das Durchschnittsalter etwa 46 1/2 Jahre, 1906 aber 44,7 Jahre. Im Bochumer-Knappschaftsverein stand es 1906 gar nur auf 41,7 Jahr. Die Zahl der jungen Invaliden war 1905 und 1906 in starkem Anwachsen.

Diese Tatsachen haben dem preussischen Handelsminister Veranlassung gegeben, bei den Knappschaftskassen nach den Ursachen dieser beunruhigenden Entwicklung zu forschen. Dieselben sollen sich gutachtlich äußern, auf welche Ursache jene ungünstige Erscheinung hauptsächlich zurückzuführen ist, ob auf Verringerung der Beschäftigung oder der Satzungen der Vereine oder auf eine Verschlechterung der Gesundheit der Arbeiter beeinflussenden Verhältnisse im Bergbaubetriebe, oder ob und welche andern Umstände etwa sonst noch mitgewirkt haben. Verständig ist es, daß den Knappschaftsvereinen empfohlen worden ist, vor Abgabe ihres Gutachtens auch einige erfahrene Knappschaftsarzte und Knappschaftsälteste um ihre Ansicht zu befragen.

Hoffentlich findet diese Empfehlung auch Beachtung. Einfachere wäre es gewesen, wenn der Handelsminister selbst die zuletzt genannten Vertrauenspersonen direkt zu einer gutachtlichen Äußerung aufgefordert hätte.

Gegen die Zulassung von Arbeitern als Geschworene und Schöffen zieht in ihrer letzten Nummer die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ vom Leder. Angetan hat es ihr ein Artikel des nationalliberalen Abgeordneten Kammergerichtsrats Schiffer im „Tag“, wo in ausgezeichnete Weise auseinandergelegt wird, wie notwendig die Ergänzung der Laiengerichte durch Elemente aus dem Arbeiterstande wäre. Das Schachtmacherblatt will davon durchaus nichts wissen und zwar aus rein politischen Gründen. Daß Sozialdemokraten zur Rechtsprechung herangezogen werden, sei unvereinbar damit, daß die Sozialdemokratie grundsätzlich gegen die bestehende Staats- und Rechtsordnung ist. Das Blatt vergißt dabei vollständig, daß der Vorwurf der Klassenjustiz um so eher beseitigt werden kann, je mehr Arbeiter als Richter tätig sind. Im übrigen haben da, wo Arbeiter zur Rechtsprechung herangezogen worden sind, diese das selbe Verdienst an den Tag gelegt, wie die Angehörigen anderer Berufsstände. Denn das sollte die „Arbeiter-Zeitung“ sich gesagt sein lassen: Mit dem größeren Geldsack erwirbt man sich nicht auch gleichmäßig das höhere Maß von Verstand und Unparteilichkeit.

Eine eigenartige Gewerbeausstellung ist zurzeit auf einem französischen Schlosse im Loire-Departement eröffnet. Sie bringt Ergänznisse der Gewerbe, die von einem Teile der französischen Geistlichen seit der Kirchentrennung ausgeübt werden. Mit der Loslösung der Kirche vom Staat in Frankreich wurde die Zählung eines großen Teils der Geistlichen eingestellt, so daß sich viele von ihnen namentlich in den kleineren ärmeren Pfarrsprengeln genötigt sahen, ein Handwerk zu erlernen. So wurden aus Landsparrern Viehhändler, Blumenzüchter, Maler, Bildhauer, Fabrikanten von Fleisch- und Fruchtkonserve; viele brachten es auch als Mechaniker, Schlosser, Tischler usw. zu großer Fertigkeit. Um ihre Interessen wirksam vertreten zu können, haben sie sich sogar zu einem besonderen Gewerbeverein der Pfarrer zusammengeschlossen, der auch die Veranstaltung dieser Ausstellung in die Hand genommen hat. Man hofft auf diese Weise das Interesse der Öffentlichkeit mehr als bisher auf sich lenken zu können.

Gewervereins-Zeit.

8 Sagan. Am 28. Juni fand hier selbst die Agitationsfest der Niederschlesisch-Mascher Gewerbevereine statt, das einen überaus imposanten Verlauf nahm. Nicht allein die Verbandsangehörigen aus Sagan selbst hatten sich zahlreich eingefunden, sondern auch aus Bunzlau, Cottbus, Culau, Frankfurt, Forst, Gassen, Glogau, Guben, Grünberg, Malmitz, Muskau, Neusalz, Oberleschen, Primkenau, Spremberg, Spottau, Sommerfeld, Sorau, Tschirndorf und Weiskau waren die Kollegen herbeigeeilt, so daß im ganzen 31 Vereine vertreten waren. Der Mittelpunkt des Festes bildete eine große Agitationsversammlung, die vom Kollegen Sonntag mit einer herzlichen Begrüßungsansprache er-

Öffnet und mit einem Liede des Männer-Gesangvereins Fort, der aus Gewerkevereinen besteht, eingeleitet wurde. Sodann ergriß der Verbandssekretär, Kollege Reusteb, das Wort zu seinem Vortrage: „Was bezweckt unser heutiges Agitations- bezw. Gewerkevereinst?“ Neben wies einleitend darauf hin, daß das Fest in erster Linie erster Arbeit gewidmet sein solle. Wenn damit gleichzeitig Stunden der Erholung verbunden sind, so würde dadurch neue Kraft zu weiteren Kämpfen gesammelt. Neben schilderte dann eingehend die hohe Bedeutung der Gewerkevereine für das Emporkommen der Arbeiterschaft und die Entwicklung des Vaterlandes und erwähnte dabei, daß der Wert unserer Organisation noch vor 3 Jahren auch von dem verstorbenen Bürgermeister rühmend anerkannt worden sei. Für eine gute Sache zu werden, müsse man unablässig bemüht sein, und deshalb muß das heutige Fest vor allem ein Werkfest sein. Es steht heute nicht auf der Seite der Arbeiterschaft; überall Zerplitterung. Auf der einen Seite wird die Parteipolitik, auf der anderen religiöse Momente in die Arbeiterbewegung hineingetragen, und schließlich entfallen noch die gelben Gewerkschaften. Kamentlich unsere Gegner von links können es sich ins Stammbuch schreiben, daß sie durch ihren überaktiven Ton Veranlassung gegeben zur Gründung der gelben Gewerkschaften, denen gerade aus ihren Reihen die meisten Anhänger zuströmen. Doch all dies darf uns nicht abhalten, weder nach Partei, noch nach Religion zu fragen, sondern nur immer das wirtschaftliche Interesse im Auge zu haben. Einig- keit ist notwendig in dem schweren Kampfe, welchen wir zu kämpfen haben; es ist notwendig, alle unsere Kräfte zusammenzufassen, um unser Ziel zu erreichen. Die heutige ungünstige Konjunktur bringt manche Verluste von Erfolgen, die wir errungen haben. Deshalb ist es erforderlich, ein Stück Erziehungsarbeit zu leisten, die Mitglieder aufzuklären, die Organisation festzukitteln, damit nichts abdröckle. Wie viele Lehren der Organisation den Rücken, nachdem dieselbe ihnen die wirtschaftliche Lage gelehrt. Wir müssen aber stets suchen, auf neutralem Boden die Arbeiter zu vereinigen, um zu werden ein einzig Volk von Brüdern. Das soll auch der Zweck unseres Festes sein, vorwärts zu arbeiten für die Idee der Gewerkevereine, das sind wir uns, unserer Familie und unserm gesamten Vaterlande schuldig.

Dem mit langandauerndem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine sehr lebhaft Diskussion, die von Begeisterung durchweht war und den festen Willen erkennen ließ, für die Sache der Gewerkevereine unermüdet zu arbeiten. Am Nachmittag fand ein Festzug durch die Stadt statt, der mehr als 1000 Teilnehmer bereinigte. Während des darauf folgenden Gartenfestes fand dann Kollege Reusteb in ihrer Stunde nochmals Gelegenheit, einen warmen Appell an die Versammlung zu richten, der sicherlich seine Wirkung nicht verfehlen wird.

Verbands-Teil.

Bekanntmachung.

In den letzten Wochen ist es wiederholt vorgekommen, daß Verbandsgeossen, die in einer Unfall- oder in einer Invalidenkasse persönlich mit dem

Kollegen Erlelenz zu sprechen wünschten oder auch sonst sich Auskunft holen wollten, am Vormittag nach dem Verbandsbureau kamen und dann unverrichteter Sache wieder nach Hause gehen mußten, weil sie ihn nicht antrafen.

Um dies für die Zukunft zu vermeiden, sei hiermit wiederholt darauf hingewiesen, daß Kollege Erlelenz an den Vormittagen meist am Reichsversicherungsamt beschäftigt, für persönliche Besprechungen also nur an den Nachmittagen bis 6 Uhr zu haben ist, abgesehen vom Mittwoch, wo das Bureau für Unfall- und Invalidenfachen u. dergl. bis 1/28 Uhr geöffnet ist.

Mit Gewerkevereinsgruß Der geschäftsführende Ausschuß.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.). Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. In den Monaten Juli und August fallen die Sitzungen aus.

— **Gewerkevereins-Werkstatt (S.-D.).** Proer Donnerstag, abends 8-11 Uhr, Neuenhaustraße u. Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen.

— **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII.** Mittwoch, 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen bei Punkt, Erisstr. 68. I.-D.: Monatsbericht. Vortrag von Herrn Volter: „Was lehrt uns die schlechte Konjunktur und die damit verbundene Arbeitslosigkeit?“ Regulatorporto. Sonnabend, 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr Ausschußsitzung bei Punkt, Erisstr. 68, vorderes Lokal.

— **Kontrollen III.** Donnerstag, 9. Juli, abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Königsbad-Kasino, Holzmarktstraße 72. Vortrag des Hauptschriftführers Kollegen Rudolph über: „Gefährliche Arbeiterzeug“. Diskussion. Gäste willkommen. — **Sonnabend, 11. Juli. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abends 8 1/2 Uhr bei Reichert, Bergstr. 69. Besprechung über die bevorstehenden Gewerkevereinswahlen. Regulatorporto. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr, Fruchtstraße 36a. I.-D.: 1. Mitteilungen. 2. Monatsbericht. 3. Vortrag des Kollegen Emil Weigt: „Gewerkevereine oder Gewerkschaften, eine Zeit- und Streitfrage“. 4. Werkstattangelegenheiten. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr bei Radau, Waldstr. 53. I.-D.: Vortrag des Kollegen Hellwig über: „Tätigkeit des Delegiertentages“. Beitragszahlung. Entgegennahme von Kohlenbestellung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr, Rottbuserstr. 6. I.-D.: Diskussion über die Beschlüsse des letzten Delegiertentages. Regulatorporto. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Abends 8 1/2 Uhr, Rüstenerstraße 55. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Sommerfest im Marienbadtheater, Bodstr. 35/36. Montag, 13. Juli, Jahlabend bei Lehmann, Brunnenstr. 119. D. 9 u. 12. Mittwoch, 29. Juli, Vortragsabend bei Lehmann, Brunnenstraße 119. Referent Generalsekretär Hartmann. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr bei Erantom, Schönhauser Allee 65. Fachwissenschaftlicher Distriktsklub Berlin V. Dienstag, 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr Sitzung Bicklerstr. 20. I.-D.: „Die Rädertriebe im Maschinenbau und deren Berechnung“.

Gäste willkommen. — **Distriktsklub Moabit.** Freitag, 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr Sitzung bei Radau, Waldstr. 53. **Friedrichsberg. Maschinenbau- und Metallarbeiter.** Sonnabend, 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr bei im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee. I.-D. Vortrag u. a.

Orts- und Bezirksverbände.

Gerne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witz, Schulte-Mattler, Distriktsklub. — **Nachen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Reuter, Ecke Hansemannplatz und Jülicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Hüftmanns Hotel, Poolstraße, Distriktsklub. — **Spanna (Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine, S.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Spung. Gäste willkommen. — **Selbstkirchen (Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine).** Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe, im Vereinslokal Pieper (früher Uerlich), Schaller- und Florastraße-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlerbad, Weberstraße 28. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. H. (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, präz., in **Spaga u. Umg.** (Distriktsklub). Jetzt jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraße-Ecke. — **Nachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterversammlung in Nachen, Restaurant „Zur Post“, Jülicherstraße 72. — **Röln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Walter Kolping“, Eiferstraße. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinstr. 120. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pactor, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Distriktsklub bei P. Eisenburger, Bahnhofsstraße. — **Härtsenwalde (Ortsverband).** Sonnabend, 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Lauff, Karlstraße, Ortsverbandsversammlung. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht. — **Altenstein.** Sonntag, 12. Juli, nachmittags 3 Uhr bei Kniffe Versammlung aller Gewerkevereine zwecks Gründung eines Ortsverbandes und Wahl des Vorstandes. Referent C. Schröder. — **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 12. Juli, vormittags 9 Uhr Ausschußsitzung in der Königs- wirth, Brühlstr. 12. Sämtliche Ortsvereinsvertreter oder deren Stellvertreter müssen anwesend sein. Sonntag, 19. Juli, nachm. 3 Uhr Ortsverbandsversammlung im Saale des Herrn Strümpfer in Wülff, Gießelampffstr. 11, Straßenbahn-Haltestelle zur Post. Referent Kollege F. Kunze-Hannover. — **Bremen und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 19. Juli, nachmittags 3 Uhr Ortsverbandsversammlung in Delmenhorst in Kentens Hotel.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Hannover-Linden. Der Ortsverband hat Auskunftsstellen errichtet und zwar in Linden: G. Wille, Davenstedterstr. 45. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag von 7-8 Uhr abends. In Hannover: F. H. Drevert, Bahnenwalderstr. 39a. Sprechstunden Montag und Freitag von 7-8 Uhr abends. Auskunft wird auch schriftlich erteilt.

Wesau und Umgegend (Ortsverband). Paul Ra a f, Vorfigender, Bauhoffstr. 8b.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Ortsverein der Maschinenbauer Berlin V.
Sonnabend, den 18. Juli cr., in „Neue Welt“, (Hafenhaide)

Großes Sommerfest u. Sommernachtsball.

Konzertkonzert, Spezialitäten-Vorstellung, Kinderbelustigungen aller Art. Brillant-Feuerwerk.

Wir bitten alle Verbandskollegen sich recht zahlreich an diesem Fest beteiligen zu wollen, da wir ihnen genutzliche Stunden zusichern können.

Das Komitee.
F. A. G. Körner.

Bereinsvorstände! Vertrauensleute!

Am Mittwoch, den 15. Juli, abds. 8 Uhr, findet im großen Saale des Verbandsbureau eine gemeinsame Versammlung der Ortsvereinsvorstände und Vertrauensleute Berlins statt.

Tagesordnung:
Unsere Beteiligung an der Gewerkevereinswahl.
Es ist dringend notwendig, daß die Versammlung zahlreich besucht wird.

Die Gewerkevereinswahl-Kommission:
Körner, Erlelenz.

Verantwortlicher Redakteur: Seonox Sewin, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223. — Druck und Verlag: Schoede & Gallinet, Berlin W., Potsdamerstraße 110.

Verband der Deutschen Gewerkevereine
(Kirch-Bund).

In unserer Verlage ist in dritter Auflage erschienen:

Weltanschauung und Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkfreunde von

Karl Goldschmidt,
Vorfigender des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Die Schrift sagt die im „Gewerkeverein“ erschienenen Artikel zusammen. Jeder Gewerkevereiner sollte das Büchlein jederzeit zur Hand haben. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 23,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk. Der Betrag ist bei der Bestellung einzulösen an unseren Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 65, Greifswalderstraße 221/223. Bei Nichtempfang des Betrages wird derselbe durch Nachnahme erhoben. Die Sendung erfolgt porto- bezw. frankfrei.

Kensalz (Ortsverb.). Durchreit. Genossen erhalten 50 Pfg. bei Aug. Reimer, Friedrichstraße 86. Magdeburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig bei E. Schröder, Katharinenstraße 2/3 II.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Selma“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Buechel in Stetzners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Nachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Refekunterstützung im Arbeiterkassentatariat Nachen, Adalbertsbergweg 71. Ebenfalls Arbeitsnachweis.

Chemnitz (Ortsverb.). Karten und Arbeitsnachweis bei Kollege Kurt Welzel, Chemnitz-Gabeln, Klausstr. 64.

Bremen und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterstützung bei Carl Wölfer, Greifgasse 2, Ecke Oberlauegang.

Leipzig-West (Ortsverband). Vom 1. Juli ab erhalten durchreisende Gewerkevereinskollegen die Karten für das Ortsverbands-gesamt bei den Vereinskassierern. Für Abendrot und Nachtquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeit.